



23. November 2017

Mit diesem Newsletter berichten in Zukunft die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Dieser Bundestag ist gewählt und handlungsfähig

Der Bundestag muss trotz der schwierigen Regierungsbildung handlungsfähig bleiben und hat deshalb drei Ausschüsse eingesetzt. Der größte, der so genannte Hauptausschuss, berät alle wichtigen Gesetzesvorhaben und Anträge.

Diese Woche war der Plenarsaal im Reichstagsgebäude bestens besetzt. Noch gibt es keine parallelen Ausschuss- und Arbeitsgruppenberatungen der Fraktionen, so dass alle sich im Plenarsaal einfinden konnten.

Trotz des Scheiterns der Jamaika-Sondierung ist der Deutsche Bundestag gewählt und handlungsfähig. Das Parlament kann Anträge und Gesetze beschließen. Dazu haben die Fraktionen von CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen einen gemeinsamen Antrag auf "Einsetzung eines Hauptausschusses, eines Petitionsausschusses sowie eines Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung" (Drs. **19/85**) vorgelegt, den der Bundestag am Dienstagvormittag verabschiedet hat.

Der Hauptausschuss ist Ausschuss im Sinne der Grundgesetzartikel 45 und 45 a, die die Bestellung von Ausschüssen für die Angelegenheiten der Europäischen Union, sowie für

auswärtige Angelegenheiten und für Verteidigung vorschreiben. Zudem ist der Hauptausschuss

auch Haushaltsausschuss im Sinne der entsprechenden gesetzlichen und geschäftsordnungsrechtlichen Vorgaben.

Der Bundestag hat sich diese Woche mit der Verlängerung von zwei wichtigen Auslandseinsätzen der Bundeswehr befasst. Die Abgeordneten diskutierten die Beteiligung an der UN-Friedensmission im westafrikanischen Mali, außerdem ging es um die Mission zur Ausbildung kurdischer Peschmerga im Nordirak. Diese ist wegen der Auseinandersetzung zwischen Kurden und irakischer Zentralregierung umstritten. Die Einsätze sollen zunächst um drei Monate verlängert werden.

Sondierungen der Jamaika-Parteien gescheitert

Nach zwei Monaten zäher Verhandlungen sind die Sondierungen der Jamaika-Parteien gescheitert. CDU, CSU, FDP und Grüne haben damit Deutschland und auch Europa in eine schwierige Lage gebracht. Den klaren Auftrag der Wählerinnen und Wähler zur Regierungsbildung haben sie nicht erfüllt.

Die SPD hatte nach den starken Stimmenverlusten bei der Bundestagswahl erklärt, dass sie nicht für eine erneute Große Koalition zur Verfügung steht. Am Wahlabend vor zwei Monaten war die Entscheidung richtig, wegen unseres schlechten Wahlergebnisses mit Demut und Bescheidenheit in die Opposition zu gehen. CDU, CSU und SPD haben massiv verloren, und niemand in der SPD wünschte sich wieder eine Große Koalition.

Aber jetzt gibt es eine neue Situation, denn niemand hat damit gerechnet, dass der FDP-Vorsitzende Christian Lindner aus politischem Kalkül aus der Verantwortung flüchtet. Er will seine Partei rechts von der CDU positionieren und sich nicht der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung stellen.

Es war ein Fehler, noch vor dem Gespräch mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier Gespräche über das weitere parlamentarische Verfahren bzw. darüber, welche Möglichkeiten bestehen eine handlungsfähige Regierung zu bilden, strikt abzulehnen. Der überwiegende Teil der Fraktion hat sowohl dem Parteivorsitzenden Martin Schulz als auch

der Fraktionsvorsitzenden Andrea Nahles deutlich auf dem Weg mitgegeben, dass wir ergebnisoffen in Gespräche mit allen demokratischen Parteien im Bundestag gehen müssen.

Die Situation hat sich im Vergleich zum Wahlabend grundlegend verändert. Jetzt müssen wir neu denken. Das heißt aber ausdrücklich nicht, dass die Frage nun heißt: Große Koalition, ja oder nein? Und: Es gibt keinen Automatismus zur großen Koalition, wie es die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern Manuela Schwesig ausgedrückt hat, aber wir sind offen für Gespräche. Entscheidungen müssen sich allein an der Möglichkeit der Durchsetzung sozialdemokratischer Inhalte festmachen.

So erreichen Sie uns

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:
Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712

www.estherdilcher.de

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:
Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5
35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950

www.edgarfranke.de

Doch zunächst hat die CDU als stärkste Fraktion den Ball im Feld, sie hat den Regierungsauftrag. Alle Alternativen müssen in den kommenden Gesprächen abgewogen werden. Wenn es in den Gesprächen von den Inhalten her stimmt, dann kann es sogar eine Minderheitsregierung mit Tolerierung durch die Sozialdemokratie geben. Sozialdemokraten haben immer Verantwortung übernommen und wir werden uns dieser auch nicht entziehen.

Neuwahlen jedoch bedeuten eine demokratische Bankrotterklärung, quasi ein Fiasko für die Demokratie. Sie stärken lediglich die populistischen Kräfte, die sich dann bestätigt fühlen können, dass die demokratischen Institutionen nicht funktionieren.

Als Anlage ist das Interview der Hessisch-Niedersächsischen-Allgemeinen mit Dr. Edgar Franke vom 22. November 2017 über die bevorstehenden Gespräche zur Regierungsbildung beigelegt.

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke – Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Dr. Edgar Franke, MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia